

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Heike Hänsel,
Dr. Gregor Gysi, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/32082 –**

Rüstungsexporte in die Länder des Vorderen und Mittleren Orients stoppen

A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, den Export von Rüstungsgütern in Länder der Region des Vorderen und Mittleren Orients, insbesondere nach Pakistan, sofort einzustellen und keine neuen Genehmigungen mehr zu erteilen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Wurden nicht erörtert.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/32082 abzulehnen.

Berlin, den 1. September 2021

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Klaus Ernst
Vorsitzender

Dr. Martin Neumann
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Dr. Martin Neumann

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/32082** wurde in der 238. Sitzung des Deutschen Bundestages am 25. August 2021 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion DIE LINKE. legt dar, der erneute Siegeszug der islamistischen Terrormilizen der Taliban nach 20 Jahren Militärpräsenz der NATO in Afghanistan sei ohne Unterstützung durch Pakistan nicht denkbar gewesen. Die Bundesregierung habe darüber hinaus allein in der 19. Wahlperiode Rüstungsexporte im Wert von fast 300 Millionen Euro an die Taliban-Helfer in Islamabad genehmigt. Im Rahmen ihrer Machtübernahme sei den Taliban das Waffenarsenal der afghanischen Sicherheitskräfte in die Hände gefallen, darunter neben den von den USA gelieferten auch die seit 2001 aus Deutschland ausgeführten Rüstungsgüter. Das Beispiel Afghanistan zeige auf geradezu dramatische Weise, dass die Bundesregierung einen Endverbleib deutscher Rüstungsgüter nicht gewährleisten könne. Aus den genannten und weiteren Gründen fordert die Fraktion DIE LINKE. die Bundesregierung auf, den Export von Rüstungsgütern in Länder der Region des Vorderen und Mittleren Orients, insbesondere nach Pakistan, sofort einzustellen und keine neuen Genehmigungen mehr zu erteilen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 19/32082 in seiner 126. Sitzung am 1. September 2021 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/32082 zu empfehlen.

Berlin, den 1. September 2021

Dr. Martin Neumann
Berichtersteller

